

Landtag aktuell

26. März 2009

Sitzung des NÖ Landtages

Aktuelle Stunden zu Jugendarbeitslosigkeit und Schulreform

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde auf Antrag der Abgeordneten Ing. Huber u. a. eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Bedrohlicher Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in Niederösterreich**“ abgehalten.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sprach von einer „explodierenden Jugendarbeitslosigkeit“ bzw. einem Anstieg von 36 Prozent. In diesem Zusammenhang forderte er unter anderem „Sozialstaat statt Zuwanderung“ und meinte, dass man hierzulande keine „Gastarbeitslosen“ benötige. Man könne sich die Zuwanderung nicht mehr leisten. Unter den von ihm formulierten Forderungen fanden sich auch eine Anpassung des Arbeitsrechts, eine so genannte Teilzeitlehre sowie bessere Informationen für die Jugendlichen. „Diese Maßnahmen kosten Geld, das uns die Zukunft unserer Jugend aber wert sein muss“, so Huber.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) meinte, dass man das wichtige Thema Jugendarbeitslosigkeit nicht populistisch, sondern ernsthaft angehen müsse. Die Jugendarbeitslosigkeit bewirke, dass junge Menschen sich nicht verwirklichen und nicht Fuß fassen können und gesellschaftlich auch nicht integriert seien. In der aktuellen Krise gelte es zu erkennen, dass Bildung ein enormes Potenzial sei und in die Jugend investiert werden müsse. Zudem sei es wichtig, die Jugend in den Regionen zu halten. Dagegen

dürfe man die Jugendlichen keinesfalls in Billigsegment-Jobs treiben; es müssten entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Sie sei sicher, dass die Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bringen sei. Dies könne jedoch nicht durch ein „Zurückschicken“ Jugendlicher geschehen, wie es jüngst von Landesrätin Rosenkranz gefordert wurde. Die Regierung müsse stattdessen in Bildung und öffentlichen Verkehr investieren.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sagte, die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich liege über dem Bundesdurchschnitt. Vor allem die 20- bis 24-Jährigen seien von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Daher schlage die FP eine tiefgehende Bildungsreform und einen sofortigen Zuwanderungsstopp vor. Bereits seit Jahren nehme die Qualität und die Leistungsfähigkeit der Schulabgänger immer weiter ab. Auch der Ausbau der niederösterreichischen Kindergärten müsse zusätzliche Jobs für Kinderpädagoginnen und Kinderbetreuerinnen bringen. Zudem lösten die neu errichteten Kindergärten bzw. Kindergartengruppen einen wichtigen Impuls in der Bauwirtschaft aus.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) meinte, Niederösterreich lebe von seiner Wettbewerbsfähigkeit sowie von gut ausgebildeten und engagierten Menschen. Dieser Grundsatz gelte trotz der von Amerika ausgehenden Finanz- und Wirtschaftskrise, die mittlerweile Österreich erreicht habe, und verantwortlich dafür sei, dass die Arbeitslosenquote in ganz Europa seit November 2008 steige. Mittlerweile seien fast 8.700 Jugendliche in Niederösterreich arbeitslos, 37 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Unter Berücksichtigung der Teilnehmer bei den AMS-Schulungen würden sogar 11.400 Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen sein. In diesem Zusammenhang forderte er eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen, einen Zukunftsfonds, überbetriebliche Lehrwerkstätten in jedem Landesviertel und eine NÖ Holding, die in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen finanziell hilft.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) meinte, ganz Europa befinde sich in einer beispiellosen Wirtschaftskrise. Auf Initiative von Landeshauptmann Pröll habe Niederösterreich frühzeitig effiziente Maßnahmen ergriffen und das Land zu einer sozialen Modellregion ausgebaut. Beispiele dafür seien das Beschäftigungsmodell „Start up“ des Vereins „Jugend und Arbeit“ sowie das Lehrlingsauffangnetz, das von 1.200 auf 1.500 Plätze ausgebaut werde. Aufgrund dieser vielen Initiativen hätten es die Jugendlichen im Land besser als im übrigen Europa. In Niederösterreich liege die Jugendarbeitslosigkeit im europaweiten Vergleich an der zweitbesten Stelle. Die beste Prävention gegen Arbeitslosigkeit sei eine umfassende Ausbildungsoffensive. In diesem Zusammenhang sei auch den LehrerInnen zu danken, die wertvolle Arbeit bei der Ausbildung in den Schulen leisten.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, die FP zeige nicht nur die Probleme bei der Jugendarbeitslosigkeit auf, sondern schlage auch Lösungen unter dem Motto „Ausbildung statt Zuwanderung“ vor. Auch die Frage der Lehrwerkstätten sei zu überdenken. Gemäß der Maxime „Ausbildung statt Zuwanderung“ forderte er eine Förderung von Zusatzqualifikationen und eine Imagesteigerung im Lehrbereich. Zudem sehe etwa das spanische Modell eine Unterstützung rückkehrwilliger Ausländer vor.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) meinte, Niederösterreich habe bereits zahlreiche Initiativen gesetzt, die sich mittel- und langfristig positiv auswirken. Der Zusammenhang zwischen geringer Bildung und hoher Arbeitslosigkeit sei evident. Das von der FP angeführte MigrantInnenproblem sei konstruiert. Der Mensch sehe sich nach Anerkennung, gerade junge Menschen bräuchten davon noch mehr als Erwachsene.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) sagte, die FP betreibe frustrierende und beschämende „Angstmache“, die VP demgegenüber inhaltsloses „Schönreden“. Der Zusammenhalt zwischen Wirtschaft und Schule funktioniere schon länger nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Karl **W i l f i n g** (VP) führte aus, von der FP könne man sich zumindest erwarten, sich über die Programme in Niederösterreich zu informieren. Kein anderes Land habe bereits drei Konjunkturpakete beschlossen. Falls notwendig, werde es im Herbst weitere diesbezügliche Maßnahmen geben.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) nannte es „eine Schande für den Landtag“, dass sich sein Vorredner über Karl Schwab lustig gemacht habe.

Präsident Ing. Hans **P e n z** (VP) betonte, diese Wortwahl stehe ihm nicht zu und erteilte Abgeordnetem Waldhäusl einen Ordnungsruf.

Eine weitere **Aktuelle Stunde** auf Antrag der Abgeordneten Bader u. a. befasste sich mit dem Thema „**Schulreform – mehr Qualität für Kinder und Lehrer – Chance für den Föderalismus**“.

Abgeordneter Karl **B a d e r** (VP) eröffnete die Diskussion mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer breiten Auseinandersetzung mit dem Thema Bildung. Niederösterreich gehe einen eigenständigen Weg, wo der Bund nicht die besten Lösungen für die Menschen anbiete. Die Bundesministerin betreibe eine „Menschenhatz“, in der die Lehrer öffentlich als faul und unfähig dargestellt werden. Er betonte, dass Bildungsministerin Schmied in Wahrheit lediglich das Gesamtschul-Modell durchsetzen wolle. Zudem meinte er, dass zahlreiche Eltern heutzutage den Druck auf ihre Kinder höher schrauben und erwarten würden, dass diese Erfolge brächten, die sie selbst einst nicht hatten. Viele Kinder würden mit Perfektionsgelüsten überschüttet werden. Die Schule leide an einem Überforderungssyndrom, von den LehrerInnen werde zuviel verlangt. Für die Zukunft müsse die Wahlfreiheit der Ausbildungslaufbahn ein Grundkriterium bleiben. Weiters sei die Ausbildung aller PädagogInnen adäquat zu gestalten, wobei der Bund gefordert sei. Zuletzt meinte Bader, dass die LehrerInnen mehr Unterstützung bräuchten. Er sei sicher, dass unter Bildungs-Landesrat Heuras die richtigen Weichen gestellt würden.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, dass der Großteil der LehrerInnen hervorragende Arbeit leiste. Er kritisierte, dass sich die VP als „Förderin und Beschützerin“ der LehrerInnen darstelle, wobei die Schule bereits in der Ära Gehrler/Schüssel „ins Hintertreffen geführt“ worden sei. Zum damaligen Zeitpunkt seien, so Weiderbauer, nur schlechte Reformen durchgeführt worden. Gerade im Bildungsbereich dürften keine Abstriche im Budget gemacht werden. Qualitätssteigerungen sowohl für SchülerInnen als auch für LehrerInnen seien zu befürworten. Die Umschichtung der Kompetenzen in Landeshand befürwortete Weiderbauer nur bedingt. Landesrat Heuras wurde vom Abgeordneten aufgefordert, gemeinsam mit dessen Kollegen in den übrigen Bundesländern ein neues Bildungssystem auszuarbeiten; so könnte Niederösterreich ein weiteres Mal Vorreiter sein. Abschließend bedauerte Weiderbauer die Entwicklungen im Hinblick auf die Ybbstalbahn, weshalb er von Präsident Penz zur Ordnung gerufen wurde.

Klubobmann Helmut C e r w e n k a (SP) sagte, Ministerin Schmied sei mit dem Vorschlag, die Lehrverpflichtung der Lehrer um 2 Stunden zu erhöhen, in eine Diskussion eingestiegen, bei der immer die Jugend im Mittelpunkt stehen müsse. Während es unter Ministerin Gehrler einen massiven Bildungs- und Stellenabbau in den Bildungseinrichtungen gegeben habe, gehe Ministerin Schmied mit einem offensiven Programm in die Öffentlichkeit. In diesem Zusammenhang forderte er das Land Niederösterreich auf, den Reformkurs von Ministerin Schmied zu unterstützen, da es um die Chancen und Möglichkeiten der Kinder und Jugendlichen gehe. Bereits in der Vergangenheit habe die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl neue Lehrerdienstposten für Niederösterreich gebracht. Niederösterreich habe, so Cerwenka, ein dichtes Netz an qualifizierten Bildungsangeboten, was mit einer Bildungsoffensive von 500 Millionen Euro noch umfangreicher werden solle.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) forderte er „Chancengleichheit für alle Kinder“. Dabei müsse in den Schulen der Grundsatz „fördern und fordern“ noch mehr als bisher gelebt werden. In Niederösterreich gebe es heuer um 15 Prozent weniger Jugendliche in Schulen als im Jahr 2001. Der Anteil der Jugendlichen mit nicht deutscher Muttersprache belaufe sich auf 7,8 Prozent. In diesem Zusammenhang forderte er, vor Schuleintritt die Deutschkenntnisse zu überprüfen.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) bezeichnete die Aussagen seines Vorredners als „gefährlich, da diese nicht dem Stil des Landtages entsprechen“. In vielen Schulen sei die Zuwanderung kein Thema, da es in Niederösterreich starke regionale Unterschiede gebe. Daher dürfe es keine Verallgemeinerungen geben, und eine differenzierte Sichtweise bei der Bildung und beim Föderalismus sei notwendig. Die Intention von Ministerin Schmied, die Lehrverpflichtung um 2 Stunden zu erhöhen, verfolge das Ziel, die Gesamtschule zu verwirklichen. Ziel des Landes Niederösterreich im Bildungsbereich sei es, Schulstandorte zu sichern, Junglehrern Arbeitsplätze anzubieten, die Schulverwaltung zu dezentralisieren und beim Bildungsmanagement auf regionale Gegebenheiten einzugehen. Sowohl die Abwanderung in den Grenzregionen als auch die Zuwanderung im Wiener Umland könnten zu Problemen im Bildungsbereich führen. Das Problem könne nicht mit einer zentralistischen, sondern nur mit einer individuellen und regionsspezifischen Bildungspolitik gelöst werden. Probleme in Wien dürften nicht zu Problemen von ganz Österreich gemacht werden. Durch einen föderalen Ansatz könne die NÖ Bildungspolitik noch aktiver als in den letzten Jahren gestaltet werden. In Niederösterreichs Schulen müsse Qualität und dürfe nicht der Rechenstift regieren.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) sprach von einer „in ihrem Vorprechen nicht sehr gut beratenen“ Bundesministerin, deren Forderungen aber durchaus berechtigt und visionär seien. Jedes Thema auf Immigration zu reduzieren, wie die FP dies tue, sei nicht haltbar. Man müsse erst sehen, wie sich das NÖ Modell bewähre und

ob dieser Alleingang nicht ein Chaos auslöse. Die VP-dominierte Landesvertretung habe jahrelang jede Bildungsreform blockiert. 12 verschiedene Bildungssysteme und 8 verschiedene Lehrpläne in Österreich hätten keinen Sinn. Die Probleme seien nicht isoliert zu lösen.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) meinte in einer tatsächlichen Berichtigung, das Wort von der 68er-Bildungspolitik sei ein Zitat gewesen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, wenn schon Reform, dann eine grundlegende. Man könne nicht einfach eine ganze Berufsgruppe vor den Kopf stoßen. Es gehe aber nicht nur um die Befindlichkeit der Lehrer, sondern z. B. auch um die Lehrerfortbildung während der Schulzeit etc. Parteipolitik habe dabei nichts verloren. Ein Kompetenztransfer der Lehrer zur Gänze in die Länder lasse einem gelernten Niederösterreicher Schlimmes befürchten.

Landesrat Mag. Johann H e u r a s (VP) betonte, in Sachen Schule gebe es in Niederösterreich eine hohe Qualität. Die Zwei-Stunden-Diskussion habe dieser Qualität jedoch geschadet. Durch diese Diskussion seien viele enorm verunsichert und demotiviert worden. Er schlage vor, die Situation zu ergreifen und eine echte Strukturreform des Bildungs- und Schulsystems anzugehen. So sollten die Lehrerinnen und Lehrer durch mehr Sozialarbeiter-Unterstützung und mehr psychologische Unterstützung entlastet werden. Weiters gebe es Handlungsbedarf bei der Infrastruktur für die Lehrer. Außerdem solle die Autonomie der Schulen gestärkt werden. In der Ausbildung sollte endlich Klarheit geschaffen werden. Außerdem brauche es ein neues Dienstrecht. Wenn man es mit dieser Strukturreform ernst meine, sei Zentralismus die „falsche Ansage“. Das Land Niederösterreich habe in der Vergangenheit bewiesen, dass es in der Lage sei, einen eigenständigen Weg zum Wohl seiner Bürgerinnen und Bürger zu gehen.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Schulzeitgesetzes 1978** und einem Antrag mit Gesetz gemäß § 34 LGO 2001

der Abgeordneten Bader, Cerwenka u. a. betreffend **Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes**.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) sagte, er wünsche den Schulen, dass sie die Bedürfnisse erkennen würden und den Stundenplan zur Zufriedenheit aller gestalten könnten.

Abgeordneter Ing. Martin **H u b e r** (FP) betonte, die Ausweitung der Volksschule durch das NÖ Modell sei „die Einführung der Gesamtschule durch die Hintertür“. Man sollte den Schulen autonom überlassen, wann sie ihre Schule aufsperrten.

Abgeordneter Josef **J a h r m a n n** (SP) sprach über die Liberalisierung der Pausenordnung und meinte, dies sei „sicherlich kein gewaltiger Schritt, aber ein Schritt in die richtige Richtung“.

Abgeordneter Karl **B a d e r** (VP) sagte, die Liberalisierung im Bereich der Pausenordnung und der Blockung von Unterrichtsstunden solle die Umsetzung des NÖ Schulmodells unterstützen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von VP, SP und Grünen angenommen.

Abgeordneter Ing. Johann **H o f b a u e r** (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Mag. Wilfing, Enzinger MSc, Razborcan, Waldhäusl u. a. betreffend **Nein zum 60 t Gigaliner Lkw**.

Abgeordnete Amrita **E n z i n g e r** (G) meinte, wenn es für Niederösterreich etwas bringe, könne man auch über Parteigrenzen hinweg einen gemeinsamen Beschluss erwirken. Ihre Fraktion, die den Antrag auch eingebracht habe, stimme daher auch zu.

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) vertrat die Meinung, die Gigaliner würden auf EU-Ebene massiv beworben, und für Österreich bestehe dringender Handlungsbedarf. Die 60-Tonnen-Lkw würden der kleinstrukturierten Wirtschaft schaden, der Verlust von vielen Arbeitsplätzen wäre die Folge.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) gab der Freude Ausdruck, „dass alle Parteien gegen diese Monster-Lkws auftreten“. Diese würden Kosten in Milliardenhöhe verursachen, die Umwelt belasten und die Verkehrssicherheit gefährden. In Richtung VP meinte er, dass zur Idee eines Lkw-Überholverbots nicht reflexartig nein gesagt werden sollte. Er brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Königsberger und Enzinger einen **Resolutionsantrag** betreffend Erstellung eines Gutachtens hinsichtlich Lkw-Überholverbote in NÖ ein.

Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g (VP) hieß es ebenso gut, dass in Sachen Gigaliner alle einig seien. Zum Resolutionsantrag seines Vorredners meinte er, dass seine Fraktion nicht zustimme, weil die Forderungen bereits erfüllt würden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen, der Resolutionsantrag (Überholverbote) wurde abgelehnt.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ IPPC-Anlagen und Betriebegesetzes (NÖ IBG)**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) gab ihrer Überzeugung Ausdruck, dass hier ein Gesetz beschlossen werde, welches dem Schutze der BürgerInnen nicht bestmöglich diene. Es bringe keine Aufwertung der Bürgerrechte in Niederösterreich; es handle sich hier um „viel Papier ohne wirklichen Effekt“. Sie brachte den Abgeordneten Leichtfried, Petrovic, Gartner, Weiderbauer und Enzinger einen Abänderungsantrag zum vorliegenden Gesetzesentwurf ein.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) erklärte, ein hoher Lärmpegel würde negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen haben. Das vorliegende Gesetz dürfe nicht dazu führen, dass Umweltverträglichkeitsprüfungen verhindert werden. Vielmehr seien strategische Umweltprüfungen im Sinne eines nachhaltigen Umweltschutzes notwendig. Auch das NÖ Raumordnungsgesetz habe in diesem Bereich eine Vorbildwirkung für ganz Österreich.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, das Anlagen- und Betriebsgesetz garantiere einen verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Umwelt. Diese Gesetzesvorlage sei ein weiterer Schritt in Richtung mehr Lebensqualität für die Bevölkerung.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) betonte, die EU habe bereits 1996 eine Verordnung für den Umweltschutz erlassen. Die nun vorliegende Richtlinie aus dem Jahr 2002 beziehe auch den Umgebungslärm in den Verfahrenslauf bei Betriebsansiedlungen mit ein. Die vorliegende Materie betreffe die Kompetenzen des Landes in den verschiedensten Bereichen wie beispielsweise bei Betriebsansiedlungen oder im Anlagenbau. Besonders die Bevölkerung im Raum um Wien sei von diesen Aktionsplänen positiv beeinflusst.

Die Gesetzesvorlage wurde mit den Stimmen von VP, SP und FP angenommen. Der Änderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

Die nächsten beiden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung (Abgeordneter Helmut D o p p l e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Landespflegeheim Hainburg, Zu- und Umbau, Projekterweiterung, zusätzliche Umbaumaßnahmen.**
- **Landespflegeheim Scheiblingkirchen, Neubau.**

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) meinte, beim Landespflegeheim in Hainburg sowie beim Landespflegeheim Scheiblingkirchen seien Standardanpassungen notwendig. In Hainburg erfolge eine Erweiterung der Bettenanzahl auf 160, die Umbaukosten würden sich auf 11 Millionen Euro belaufen. In Scheiblingkirchen habe man es verabsäumt, die Bettenanzahl aufzustocken, was aber auf Grund der demografischen Entwicklung notwendig gewesen wäre.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) meinte, die Finanzierung der Pflege werde immer schwieriger, da die Gesellschaft immer älter werde. Wichtig sei auf diese Entwick-

lung und Herausforderung eine Antwort zu finden. Gerade in den niederösterreichischen Heimen werde besonderer Wert darauf gelegt, dass sich die Bewohner und Mitarbeiter wohl fühlen. Damit das auch in Zukunft so bleibe, seien ständige Investitionen in die Pflegeinfrastruktur notwendig. Außerdem solle die Initiative „Betreutes Wohnen“ weiter ausgebaut werden. Allein in den letzten Jahren sei die Anzahl der 80- bis 84-Jährigen um fast 50 Prozent gestiegen.

Der Zu- und Umbau in Hainburg schaffe ein bedarfsorientiertes Angebot, das auch positive Auswirkungen auf das Bau- und Baunebengewerbe habe.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) sprach von wichtigen Schritten am Weg Niederösterreich zu einer sozialen Modellregion. Das Projekt in Hainburg schaffe eine optimale Anbindung an das Landeskrankenhaus Thermenregion. Der Neubau des Landespflegeheims Scheiblingkirchen bringe große Erleichterungen sowohl für die Pflegenden als auch für das Personal.

Bei der folgenden Abstimmung wurden beide Anträge einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gem. Art. 15a B-VG über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen.**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) eröffnete die Debatte. Die Klimaziele werden von Österreich nicht erreicht, die Versäumnisse der letzten Jahre seien enorm. Ihre Fraktion werde der Vereinbarung zu stimmen, weil man an einem Punkt angelangt sei, an dem jede Maßnahme – auch wenn sie nicht optimal sei – ergriffen werden müsse. Im Bereich der Wohnbauförderung müsse sich Niederösterreich mittlerweile nicht mehr verstecken. Im Gebäudesektor sei es so, dass, wer heute Energie verschwende, sich nicht sozial verhalte und seine Umwelt schädige.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sprach von einem sehr ambitionierten Programm zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, zur Durchsetzung des Passivhausstandards und zur Hebung der Sanierungsrate. Bedenken bestünden hinsichtlich des „Etikettenschwindels“ Emissionshandel, das Geld könnte besser für zusätzliche Sanierungsanreize verwendet werden.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) erinnerte daran, dass die Erde gerade die höchste Konzentration an Treibhausgasen in ihrer Geschichte erlebe. Deshalb müsse jede Maßnahme ergriffen werden. Es dürfe aber zu keiner Konkurrenzsituation zwischen Neubau und Sanierung kommen.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) betonte, Klimaschutz sei gleichzeitig auch Lebensschutz. Mit jeder Maßnahme in diesem Bereich löse man auch entsprechende Konjunkturimpulse aus. Durch die erhöhte Förderung für thermische Sanierung könnten 2009 rund 20.000 Wohneinheiten gefördert werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landes-
klinikum Thermenregion Hohegg – IMCU, Wachkoma und Schlaflabor.**

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ Haus
Krems, Neubau eines Verwaltungsgebäudes.**

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) berichtete, dass in Krems nun die Bezirkshauptmannschaft, das Gebietsbauamt, die Straßenbauabteilung und die Abteilung für Raumordnung und Regionalpolitik räumlich konzentriert werden. Positiv zu sehen sei auch die Errichtung von 160 Parkplätzen. Die Kosten für das Bauwerk würden gerechtfertigt erscheinen. Auch die Ausführung in Passivhausbauweise sei zu begrüßen.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) meinte, Verwaltung sei stets Dienstleistung für den Bürger. Die Infrastruktur dafür müsse bedarfsgerecht und bürgernah sein. Daher sei

dieses Gebäude in Krems eine wesentliche Optimierung und Verbesserung. Im Sinne eines bürgernahen Dienstleistungsbetriebes sei es zu begrüßen, dass die Dienststellen räumlich konzentriert werden. Durch das Gesamtbauvolumen von rund 38,6 Millionen Euro werde auch ein wesentlicher Impuls für die Bauwirtschaft und das Baunebengewerbe gesetzt.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) sprach von einem „wunderschönen Tag für Krems“. Das Niederösterreich-Haus stelle eine Belebung für Krems und gleichzeitig eine wichtige Serviceeinrichtung für die Bürger dar.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Schwab u. a. betreffend **Straffreiheit für Nichtimpfen bei der Blauzungenkrankheit**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte in Richtung FP diese betriebe Populismus der ganz schlimmen Sorte. Die Bäuerinnen und Bauern seien mündiger geworden und wollten selbstbestimmt agieren. Sie verlange aber auch von der Behörde, dass sie sachlich korrekt informiert und mit den Betroffenen ins Gespräch komme. Man müsse sich auch fragen, ob das Bundestierseuchengesetz noch zeitgemäß sei.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, dass viele Bauern und Bürger verunsichert seien und die Verordnung bzw. den Impfzwang nicht verstanden haben. Er erinnerte an die Vogelgrippe und die mit dieser seinerzeit verbundene „Angstmache“. An die Abgeordneten zum NÖ Landtag richtete Waldhäusl die Frage, warum deren jeweilige FraktionskollegInnen in den anderen österreichischen Bundesländern in dieser Angelegenheit anderer Meinung seien, als die niederösterreichischen Abgeordneten. Seiner Meinung nach gebe es zwei Möglichkeiten: man könne sich als Partei hinter die Bauern oder hinter die Pharmedien stellen; seine Fraktion sei „kein Bauernvernichter“.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) sagte, dass die Blauzungenkrankheit nicht zu unterschätzen, und in vielen westeuropäischen Ländern zu einer Seuche geworden sei. Hinsichtlich der Impfpflicht funktioniere die Zusammenarbeit zwischen EU, Bund und Ländern gut, es werde ein „umsichtiges Tierseuchenmanagement“ betrieben. Leichtfried betonte, gegen eine Freiwilligkeit bei dieser Impfung zu sein, da die Freiwilligkeit „eine deutlich geringere Impfrate“ bedeute und somit der Schutzfaktor nicht gegeben sei. Zur vom Vorredner angesprochenen Vogelgrippe meinte Leichtfried, dass man damals glücklicherweise Vorsorge getroffen habe: „Es wurde verantwortungsbewusst gehandelt.“ Man habe sich nach wissenschaftlichen Erkenntnissen zu richten und das rechtsstaatliche Prinzip einzuhalten.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) kam auf die Entstehungsgeschichte der Blauzungenkrankheit zu sprechen und erläuterte, dass diese Krankheit „unvorstellbare Schäden“ anrichte. Ziel sei daher der flächendeckende Impfschutz und somit das Impfen von 100 Prozent des Nutztierbestandes.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meldete sich nochmals zu Wort und hielt fest, dass im Falle der Blauzungenkrankheit die Impfung die Ziel führende Maßnahme sei. Sie sagte, die Grüne Partei in Niederösterreich sei föderalistisch strukturiert und mache eine eigenständige Politik.

Der Antrag auf Ablehnung wurde mehrheitlich angenommen.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Enzinger MSc, Kadenbach u. a. betreffend **Arbeitslosigkeit verursacht Armut**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) sagte, 55 Prozent des letzten Einkommens sei zurzeit die Höhe des Arbeitslosengeldes. Dieser Anteil müsse auf 60 Prozent erhöht werden. Zusätzlich habe das Land Niederösterreich die Aufgabe, verstärkt in die Ausbildung der Jugend zu investieren, um ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) meinte, mehr als 3.600 Haushalte würden in Niederösterreich unter der Armutsgrenze leben. Um eine Verarmung weiter Gesellschaftsteile zu verhindern, sei es notwendig, das Arbeitslosengeld einem Preisindex zu unterwerfen. Bisher habe es nur Stützungspakete für Banken, die Wirtschaft im Allgemeinen und für einige Industriebetriebe gegeben.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) betonte, Österreich sei eines der reichsten Länder der Europäischen Union. Trotzdem sei über eine Million Menschen in Österreich armutsgefährdet. Über 2 Millionen Bürger könnten sich keinen Urlaub leisten.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) sagte, Arbeitslosigkeit sei ein schwerer Einschnitt im Leben. Jeder Arbeitslose bemühe sich, so rasch wie möglich einen Arbeitsplatz zu bekommen, und strebe nicht nach einem höheren Arbeitslosengeld. Aufgabe des Landes Niederösterreich sei es, die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und nicht die Symptome. Deshalb wolle das Land Niederösterreich mit zielgruppenorientierten Beschäftigungsinitiativen gerade in schwierigen Zeiten Menschen helfen, einen Arbeitsplatz zu finden. Bildung und fachliche Qualifikation seien die besten Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen. Das Land Niederösterreich bietet in diesem Zusammenhang die Aktionen „Initiative 50“, „Jugend und Arbeit“, „Start up“ und „Job 2000“ an. Zudem gebe es den höheren Heizkostenzuschuss und neue SOMA-Märkte.

Abgeordnete Karin K a d e n b a c h (SP) meinte, der vorliegende Antrag beziehe sich nur auf die Erhöhung des Arbeitslosengeldes.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Es folgte eine Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmann Dr. Pröll und an Landesrätin Dr. Bohuslav betreffend **zweckmäßige Verwendung der NÖ Rundfunkabgabe.**

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) berichtete, dass er von Ministerin Schmied eine 485 Seiten umfassende Anfragebeantwortung erhalten habe. In Niederösterreich

seien solch umfassende Anfragebeantwortungen durch Regierungsmitglieder der NÖ Landesregierung leider nicht üblich. In diesem Zusammenhang sei es aber wichtig, dass der Landtag und die Abgeordneten ihre Rechte wahren. In Zukunft sollten Regierungsmitglieder davon Abstand nehmen, den Landtag lapidar abzuspeisen. Im NÖ Landtag gebe es leider nicht die Möglichkeit, Regierungsmitglieder per Beschluss „herbeizuzitieren“.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) gab seinem Vorredner Recht. Mit der Unabhängigkeit des ORF schaue es sehr schlecht aus, wenn nur die Hälfte der ange-dachten Veränderungen umgesetzt werde. Speziell aus Niederösterreich werde hier kräftig mitgemischt.

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) meinte, die Anfragebeantwortungen kämen ihm vor wie ein Buch mit sieben Siegeln. Jede Anfrage habe sich eine erschöpfende Antwort verdient. Niederösterreich könnte sich hier an anderen Bundesländern ein Vorbild nehmen. Er stelle den Antrag, beide Anfragebeantwortungen nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Abgeordneter Mag. Günther **L e i c h t f r i e d** (SP) sprach von einer Missachtung des Landtags, wenn nicht einmal ein Regierungsvertreter anwesend sei. Der Landtag habe nicht sehr viele Mittel, die Regierungsarbeit zu hinterfragen. Laut VP werde ohnehin nur Gutes für das Land getan, es sei daher nicht zu verstehen, warum dann nicht auch in diesem Sinne geantwortet werde.

Abgeordneter Ing. Hermann **H a l l e r** (VP) führte aus, dass in Niederösterreich 4,10 Euro dem Landesbudget zufließen. Es sei gesetzlich festgelegt, was mit diesem Geld passiere. Dass die Aufschlüsselung nicht ins Detail gehe, liege auch am Datenschutz.

Der Antrag des Abgeordneten Königsberger, beide Anfragebeantwortungen nicht zur Kenntnis zu nehmen, wurde mit den Stimmen der VP abgelehnt.

Eine weitere Debatte wurde über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Ing. Huber an Landesrätin Dr. Bohuslav betreffend **Kuratorium des Schul- und Kindergartenfonds** abgehalten.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) betonte, das Anfragerecht sei eines der wichtigsten Rechte eines Abgeordneten. Bezüglich des Schul- und Kindergartenfonds und dessen Insolvenzgefährdung sagte er, dem FP-Vertreter sei die Einsicht in das Gutachten verwehrt worden. Er stelle den Antrag, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) zitierte die Anfragebeantwortung, nach der es hier kein Anfragerecht gebe. In Niederösterreich gebe es eine Vielzahl an Fonds. Hier nachzufragen sei nicht nur das Recht, sondern die Pflicht des Landtages, der das Kontrollrecht wahrnehmen müsse. Dem Landtag würde aber nicht einmal die Tagesordnung einer Regierungssitzung bekanntgegeben. Auch die mittelbare Bundesverwaltung sei in Niederösterreich Verschlussache.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, es sei wichtig, dass der Landtag als Kontrolle der Landesregierung auch tatsächlich seiner Arbeit nachkommen könne.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) vertrat die Ansicht, die Anfragebeantwortung habe eine juristische und eine demokratiepolitische Dimension. Juristisch sei diese Anfragebeantwortung aus seiner Sicht in Ordnung. Demokratiepolitisch sei sie jedoch bedenklich, denn jeder Abgeordnete habe das Recht eine Anfrage zu stellen und darauf eine Antwort zu bekommen.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) meinte, natürlich wolle jeder Abgeordnete, dass er jene Informationen bekommen, die er für seine politische Arbeit brauche. Der Fonds habe vor allem in der Kindergartenoffensive den Gemeinden sehr geholfen und dadurch seien Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Initiativen des Landtags könnten durch diesen Fonds in die Realität umgesetzt werden.

Der Antrag des Abgeordneten Huber wurde mit den Stimmen der VP und SP abgelehnt.

Schluss der Sitzung!